
Vorstoss-Nr: 140-2010
Vorstossart: **Motion**
Eingereicht am: 06.09.2010
Eingereicht von: SP-JUSO-PSA (Masshardt, Bern) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 24
Dringlichkeit: Ja 09.09.2010
Datum Beantwortung: 03.11.2010
RRB-Nr: 1564
Direktion: BVE

Potenzial für neue Arbeitsplätze dank erneuerbarer Energien und Energieeffizienz

Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine knappe Zusammenstellung bzw. einen Vergleich der einheimischen Arbeitsplatzpotenziale bei der Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz sowie beim Bau eines neuen AKWs zu erstellen.

Begründung:

Die Befürworterinnen und Befürworter eines neuen AKWs begründen ihre Haltung stets auch mit Arbeitsplätzen; dank dem Bau eines neuen AKWs sollen in der Region eine höhere Wertschöpfung generiert werden und damit viele neue Arbeitsplätze entstehen. Aber gerade auch mit Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz könnten zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Da drängt sich eine Klärung der Faktenlage auf (je bisherige und neue / potenzielle Arbeitsplätze; dezentral im ganzen Kanton und zentral). Eine knappe Zusammenstellung bzw. ein Vergleich könnte nicht zuletzt der Bevölkerung aufzeigen, wo das längerfristig grössere Potenzial jedwelcher Energieform in Bezug auf einheimische Arbeitsplätze liegt.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Antwort des Regierungsrates

Im Zusammenhang mit der laufenden Diskussion zu den Gesuchen für drei neue Atomkraftwerke in der Schweiz fordern die Motionäre zuhanden der Bevölkerung eine Klärung der Faktenlage bezüglich des zu erwartenden Arbeitsplatzpotenzials. Mit Blick auf die beim Bund einzureichende Stellungnahme des Kantons Bern zum Rahmenbewilligungsgesuch für den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg, die dem Stimmvolk bereits am 13. Februar 2011 zur Abstimmung unterbreitet wird, ist es zweckmässig, den Stand der heutigen Erkenntnisse zusammenzufassen.



Grundlage dafür sind zwei Studien, die Einblick geben in die Wirkungen der verschiedenen Stromerzeugungstechnologien auf den Arbeitsmarkt. Es handelt sich zu einen um die Studie der BAK, Basel Economics AG, zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Stromwirtschaft für den Kanton Bern¹ vom Dezember 2007, die im Auftrag des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern und des Verbands Berner KMU erstellt wurde, und zum andern um die Studie von INFRAS und TNC "Stromeffizienz und erneuerbare Energien – Wirtschaftliche Alternative zu Grosskraftwerken"² vom Mai 2010, die im Auftrag von Kantonen, Umweltverbänden und der Energieversorgerin der Stadt Bern erarbeitet wurde. Die beiden Studien verfolgen unterschiedliche Fragestellungen und Ansätze um die wirtschaftlichen Wirkungen der möglichen Stromversorgungsstrategien abzuschätzen: Die Studie von INFRAS rechnet anhand von zwei Szenarien – dem Szenario "Grosskraftwerke mit Kernkraft" und dem Szenario "Energieeffizienz und Erneuerbare Energien" – die Wirtschaftlichkeit und die Beschäftigungseffekte bezogen auf die ganze Schweiz aus. Die BAK bezieht demgegenüber ihre Berechnungen der wirtschaftlichen Wirkungen und der Beschäftigungseffekte auf den Kanton Bern und speziell auf ein Ersatzkernkraftwerk Mühleberg.

Trotz ihrer unterschiedlichen methodischen Ansätze ermöglichen die ausgewiesenen Zahlen beider Studien einen Vergleich der Ergebnisse zu den Arbeitsplatzwirkungen auf der Basis der Anzahl erzeugter Stellen pro jährlich produzierter Terawattstunde (TWh):

INFRAS-Studie

- | | |
|--|---------------------|
| – Szenario "Grosskraftwerke" | 111 Stellen pro TWh |
| – Szenario "Erneuerbare Energien und Energieeffizienz" (ohne teilweisen Import von Erneuerbarem Strom aus dem Ausland) | 178 Stellen pro TWh |
| – Szenario "Erneuerbare Energien und Energieeffizienz" (mit teilweisen Import von Erneuerbarem Strom aus dem Ausland) | 126 Stellen pro TWh |

BAK-Studie

- | | |
|-------------------------------------|--------------------|
| – nur Ersatzkernkraftwerk Mühleberg | 99 Stellen pro TWh |
|-------------------------------------|--------------------|

Beurteilung der Studienergebnisse aus der Sicht des Regierungsrates:

Im Vergleich zur Stromproduktion aus Kernkraft sind die Beschäftigungswirkungen bei der elektrischen Nutzung erneuerbarer Energien pro TWh rund 20 bis 80 Prozent höher. Ein Teil dieser Beschäftigungswirkungen wird durch die Investitionen in die Stromerzeugungstechnologie ausgelöst, ein anderer durch den Betrieb und Unterhalt der Anlagen sowie durch Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Bei der Kernkrafttechnologie erfolgt die Stromproduktion zentral in wenigen grossen Anlagen und ein sehr grosser Teil der Aufträge für die Realisierung der Investitionen fliesst ins Ausland. Es werden damit vor allem dort Arbeitsplätze geschaffen. Dies zeigt auch das aktuelle Beispiel in Finnland, wo der Bau eines neuen Kernenergiekraftwerks bei der einheimischen Bevölkerung zu keinen nennenswerten Beschäftigungseffekten geführt hat. Demgegenüber wird bei der Nutzung erneuerbarer Energien und bei Stromeffizienzmassnahmen vor allem im Inland und in allen Regionen investiert, mit entsprechend positiven Wirkungen auf die lokale Beschäftigung und Wertschöpfung. Diese Effekte sind dabei umso höher, je kleiner der Importanteil an erneuerbarem Strom ist. Insgesamt führt die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien zu einer kontinuierlicheren und dynamischeren Wirkung – auch im Exportbereich von neuen Technologien – und zu ausgeprägteren regionalwirtschaftlichen Auswirkungen.

¹ Diese Studie untersucht die Wirkungen der Szenarien Kernkraftwerk versus Gas- und Dampf-Kraftwerk

² Diese Studie untersucht die Wirkungen der Szenarien Grosskraftwerke versus Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Zusammenfassend erlauben die Ergebnisse der beiden genannten Studien im jetzigen Zeitpunkt eine ausreichende Einschätzung des zu erwartenden Arbeitsplatzpotenzials bei der Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz einerseits und beim Bau neuer Atomkraftwerke andererseits. Der Regierungsrat beantragt daher, die Motion sei anzunehmen, unter gleichzeitiger Abschreibung.

Antrag Annahme der Motion unter gleichzeitiger Abschreibung.

An den Grossen Rat